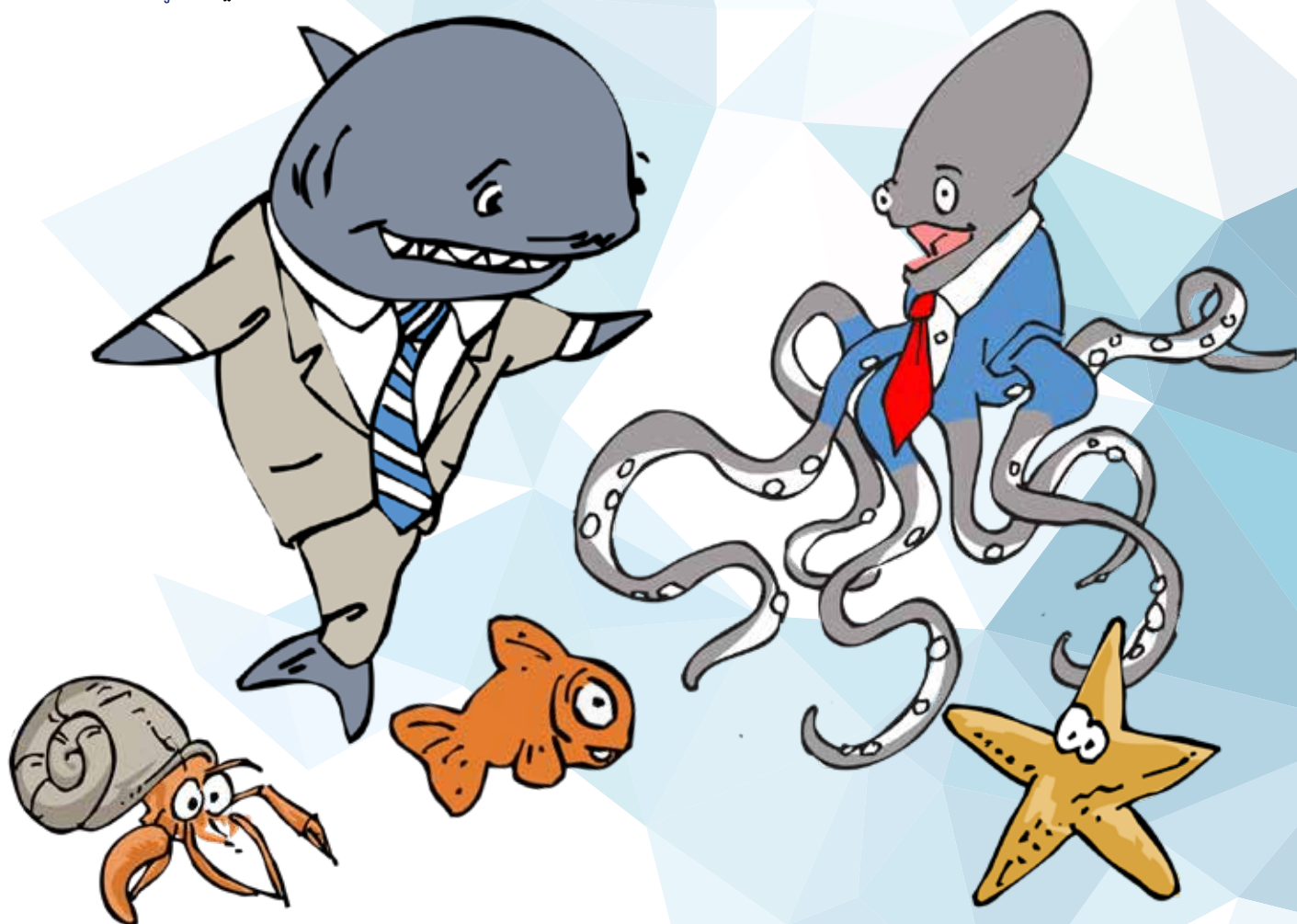




DU HAST DIE WAHLEN!

AM 17. SEPTEMBER 2021

**Antworten der Parteien auf Fragen
von Kindern und Jugendlichen**

Organisiert und getragen wird die U18-Initiative in Berlin von einem breiten Netzwerk aus öffentlichen und freien Trägern, Jugendverbänden, landesweiten und bezirklichen Akteuren der Kinder- und Jugendbeteiligung sowie weiteren Engagierten. Hier gibt es Infos, Material und Beratung: www.u18.berlin

U18-Koordinierungsstelle Berlin
c /o Drehscheibe Kinder- und Jugendpolitik Berlin

Barbara Mayrhofer, Katharina Wengenroth

Reinickendorfer Straße 45
13347 Berlin
Telefon: 030.46 90 56 81
E-Mail: u18-berlin@stiftung-spi.de

IMPRESSUM:

Herausgeber: Stiftung SPI, Geschäftsbereich Lebenslagen, Vielfalt & Stadtentwicklung
V.i.S.d.P.: Annette Berg, Vorstandsvorsitzende/Direktorin
Redaktion: Katharina Wengenroth, Barbara Mayrhofer, Stiftung SPI
Illustration: 123comics (U18 Wahlvisual), Emmanuel Murzeau
Gestaltung: united communications GmbH, www.united.de

Diese Broschüre wurde ermöglicht von:



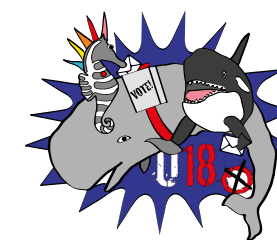
U18 wird gefördert durch:



Unterstützt von:



Stiftung SPI
Lebenslagen, Vielfalt & Stadtentwicklung



U18

4

Vorwort

5

Bildung und Forschung

6

Warum bekommt man in den Ferien Hausaufgaben, obwohl Ferien sind?

Wie kann es sein, dass es Schüler:innen gibt, die rechtsradikal oder rechtsextrem aus dem Geschichtsunterricht gehen?

Haben Sie vor, Schulen zu modernisieren/technisch besser auszustatten?

Wieso hat sich das Schulsystem in den letzten 150 Jahren nicht verändert?

Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt

10

Wie weit können Kinder in der Politik mitreden, z. B.: beim Thema Umwelt und erneuerbare Energien?

Warum wird die Energiewende aktiv gebremst (z. B. durch das Windmühlenabstandsgesetz)?

Warum werden Verbrennungsmotoren immer noch gefördert?

Warum haben Sie erst so spät etwas gegen den Klimawandel unternommen?

Justiz und Verbraucher:innenschutz

14

Man darf schon vor der Volljährigkeit ein Handy benutzen. Warum sind die Handy- oder Playstorekarten erst ab 18 Jahren?

Was tun Sie gegen rechte Polizeigewalt?

Jugend

16

Warum gibt es so wenig Möglichkeiten sich als junger Mensch politisch zu engagieren?

Werden Sie für Jugendprojekte und Freizeitangebote mehr Mittel einsetzen?

Spielflächen, Naturbewegungsräume und Sportflächen in unmittelbarer Umgebung sind besonders für Kinder und Jugendliche wichtig. Wie wollen Sie mit Ihrer Partei diese Freiflächen in der Stadt für die Zukunft sichern und ausbauen?

Soziales

19

Warum helfen Sie den Armen nicht und warum gibt es Menschen die auf der Straße leben müssen?

Haben Sie schon mal eine falsche Entscheidung getroffen und hätten Sie es gerne rückgängig gemacht?

Rolle von Politiker:innen

20

Was wollen Sie als Politiker:in ändern/besser machen?

Wie viel verdienen Sie und denken Sie, dass das gerechtfertigt ist?

Warum gibt es kein Allgemeines Wahlrecht ab dem 16. Lebensjahr?

COVID-19 Pandemie

24

Wie weit werden Sie sich für das Wohl von Kindern einsetzen, besonders während der Covid-19-Pandemie im Lockdown?

Wann werden wir wieder ein normales Leben haben?

Wieso kam der 2. Lockdown erst so spät?

Warum werden Schüler:innen nicht mit Masken und Desinfektionsmittel ausgestattet?

Was ist U18?

Die U18-Wahl ist die Wahl für alle Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren. Sie findet schon seit vielen Jahren statt und hat 1996 ganz klein in einem Jugendclub in Berlin angefangen. Seitdem hat sich viel getan! Inzwischen gibt es U18-Wahlen vor Bundes- und Landtagswahlen und Europawahlen. Tausende Kinder und Jugendliche nehmen an den U18-Wahlen teil.

Die U18-Wahl wird von vielen Aktionen in Schulen, Jugendclubs und im öffentlichen Raum (Spielplätze, Parks, etc.) begleitet. Kinder und Jugendliche erfahren mehr über das politische System in Deutschland, den Ablauf von Wahlen und wie Kinder und Jugendliche Politik mitgestalten können.



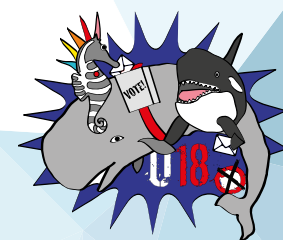
Warum eigentlich dieser Doppelpunkt?

Wir schreiben Wörter mit Doppelpunkt dazwischen, um Menschen aller Geschlechter miteinzubeziehen. Das wird auch Gendern genannt. Schreiben wir nur Politiker meinen wir Männer. Schreiben wir Politikerinnen geht es um Frauen. Es gibt aber auch nicht-binäre Menschen. Diese Menschen sind weder Frau noch Mann oder möchten sich nicht festlegen. Damit diese Menschen auch mitgedacht werden, schreiben wir Politiker:innen. Beim Sprechen wird da einfach eine kurze Pause gemacht.

Wie ihr lesen werdet, haben wir die Antworten der Parteien so gelassen, wie sie geschrieben wurden. Ihr werdet merken, dass noch nicht alle Parteien gegenderte Sprache nutzen.



VORWORT



Zur Vorbereitung auf die U18-Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin und der Bundestagswahl am 17.09.2021 haben Kinder und Jugendliche Fragen an die Parteien gestellt.

Berücksichtigt sind acht Parteien, die bei den letzten U18-Wahlen (Landtag, Bundestag und Europa) die meisten gültigen Stimmen in Berlin erhalten haben.



CDU

Hausaufgaben sind ein gutes Kopftraining und gute Übungen. Es geht darum, Gelerntes zu vertiefen. Nur so gerät auch in den Ferien nichts in Vergessenheit. Allerdings dürfen dabei der Ferienspaß und die Erholung nicht zu kurz kommen – daher ist es gut und richtig, dass Hausaufgaben in den Ferien bei den meisten deutlich weniger Zeit in Anspruch nehmen, als außerhalb der Ferien.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Kinder brauchen Pausen und müssen sich erholen können. Deshalb wollen wir, dass Hausaufgaben insgesamt weniger werden. Wenn Hausaufgaben unbedingt nötig sind, sollen sie in der Schule/dem Hort mit Unterstützung gemacht werden können. So sichern wir Pausen und reduzieren Ungleichheiten, wie zum Beispiel fehlende Unterstützung zu Hause.

FDP

Nach dem Schulgesetz vom 26.02.2004 legt die Schulkonferenz mit Zweidrittelmehrheit die Grundsätze über Umfang und Verteilung der Lernaufgaben fest (vgl. SchulG § 76, Abs. 1). Die Ausführungsbestimmungen Hausaufgaben aus dem Jahr 1991 sind damit offiziell nicht mehr in Kraft, jedoch sinngemäß noch zu verwenden, wenn die Schulkonferenz keine anderen Regelungen beschlossen hat. Damit wären Hausaufgaben über Ferien für die Klassen 1 bis 10 ausgeschlossen. Grundsätzlich besteht keine Pflicht, regelmäßige Lernaufgaben zu stellen. Werden sie jedoch erteilt, sind die Schülerinnen und Schüler verpflichtet, sie zu erledigen.

AfD

Wenn die Schule dazu dienen soll, einen auf das Leben vorzubereiten, ist das vielleicht gar nicht so falsch. Denn im wahren Leben gibt es auch **IMMER** etwas zu tun.

Warum bekommt man in den Ferien Hausaufgaben, obwohl Ferien sind?



SPD

Hausaufgaben sind wichtig, weil sie dabei helfen, sich Sachen besser merken zu können und man lernt, sich selbst zu organisieren – auch, wenn sie manchmal nerven können. Wiederholungen sind wichtig für den Lernerfolg.

DIE LINKE

Das ist nicht generell so, sondern eine Entscheidung von Lehrkräften und Schulgemeinschaften. Ferien sind für alle Menschen wichtig, um sich zu erholen und anderen Interessen nachzugehen und somit einen Ausgleich zum stressigen Alltag zu schaffen. Aus Sicht der Partei DIE LINKE Berlin sollen nur in absoluten Ausnahmefällen Hausaufgaben über die Ferien gegeben werden. Vor wichtigen Abschlussprüfungen wie dem MSA oder Abitur ist es allerdings ratsam, auch die Ferien unmittelbar davor, dafür zu nutzen, sich gut vorzubereiten.

DIE TIERSCHUTZPARTEI

Eigentlich sollten über die Ferien keine Hausaufgaben gegeben werden. Man kann allerdings eine Hausaufgabe über einen längeren Zeitraum geben, in den auch Ferien fallen. Das ist sinnvoll, wenn man z. B. einen Vortrag oder eine Buchpräsentation vorbereiten soll. Vielen Kindern hilft es, solche umfangreicheren Aufgaben in Ruhe zu Hause, eventuell mit einem oder mehreren Projektpartnern, vorzubereiten. Dabei sollte aber mindestens eine Woche vor und/oder nach den Ferien als Bearbeitungszeit von der Lehrkraft eingeplant sein, damit die Kinder, die ihre Ferien voll und ganz ohne Schulaufgaben verbringen wollen, die Chance haben, dies zu tun! Denn die Ferien sind zur Erholung des Körpers, des Gehirns und des Geistes da sowie zur freien Erkundung und Ausübung eigener Interessen und Hobbys!

DIE PARTEI

Hausaufgaben in den Ferien sind Bullshit! Nur inkompetente Lehrer:innen, die den Stoff in der Schulzeit nicht abgearbeitet haben, geben Hausaufgaben auf. Außerdem sind Lehrer:innen grundsätzlich neidisch, dass die Kinder richtige Ferien haben und wollen ihnen diese vermiesen.

CDU

Das wäre schlimm, wenn sich jemand im Geschichtsunterricht radikalisiert oder zu politischen Extremen neigt. Der Blick in die Vergangenheit sollte doch eigentlich jedem deutlich machen, wohin Extremismus – ob linker, rechter oder anderer Extremismus – führt und dass es sich lohnt, für unsere Werte und Grundrechte einzustehen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Kinder sollen in der Schule lernen, dass Rassismus und Diskriminierung keinen Platz in unserer Gesellschaft haben. Vielfalt muss vorgelebt werden und das Aushalten von Unterschieden muss erlernt werden. Es darf nicht nur die Vergangenheit gelehrt werden, sondern auch wie man streitet und am Ende in einem Kompromiss zusammen kommt. Schule muss vorleben, dass Diskriminierung und Rassismus geächtet werden und negative Folgen nach sich ziehen.

FDP

Die Schule ist (nur) ein entscheidender Faktor für die Bildung des Einzelnen. Sie ist kein Ersatz oder Reparaturbetrieb für die elterliche Erziehung und Wertevermittlung, die schon vor und auch jenseits des Unterrichts im sozialen Umfeld erfolgt. Trotzdem können auch Schulen mehr für die geschichtspolitische Bildung tun. Leider wurde das Fach Ethik in Berlin eingeführt, ohne die Stundenzahl für gesellschaftswissenschaftlichen Fächer entsprechend zu erhöhen. Deshalb findet weniger Geschichtsunterricht statt als erforderlich wäre, um Schülerinnen und Schüler und damit die Demokratie gegen extremistische Angriffe zu wappnen. Die verdienstvolle Projektarbeit an den Schulen ist hier nur ein kleiner Ausgleich.

AfD

Vermutlich aus den gleichen Gründen wie bei linksextremen Schülern (die es viel zahlreicher geben dürfte in Berlin): Bei manchen fällt der Groschen eben erst später. Es gibt ja das schöne Wort: „Wer mit 20 kein Sozialist ist, hat kein Herz. Wer mit 30 immer noch einer ist, hat kein Hirn.“ Gilt bei Rechtsextremisten vermutlich so ähnlich.

SPD

Hass und Gewalt haben keinen Platz in unserer Stadt, wir bekämpfen konsequent Demokratiefeindlichkeit und menschenverachtendes Gedankengut. Wir wollen Anti-Gewalt- und Anti-Konflikt-Trainings an Schulen finanziell gut ausstatten, ebenso Aussteigerprogramme. Schulen und Jugendeinrichtungen sollen „Werkstätten der Demokratie“ sein und auch demokratische Werte weitergeben, denn eine offene und inklusive Demokratie ist das beste Mittel.

DIE LINKE

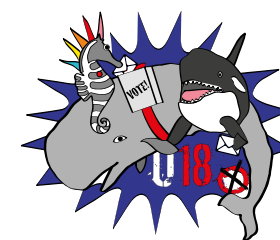
Das hat bis zu einem gewissen Punkt mit der Qualität des Unterrichts zu tun, der aufklären und zum eigenständigen Urteilen befähigen soll. Die Wertevermittlung und die Auseinandersetzung mit dem zweiten Weltkrieg und dem Holocaust ist ein wichtiger Teil des Lehrplans. Aber auch der pädagogisch beste Unterricht kann nicht verhindern, dass es einen gewissen Anteil von Menschen mit rechtsradikalen oder rechtsextremen Meinungen gibt. Oftmals hat dies mit der Prägung durch das Elternhaus oder durch Peergroups zu tun. Die Vorstellung, Menschen mit einem bestimmten ethnischen Hintergrund oder einer bestimmten Hautfarbe, seien weniger wert und sollten weniger Rechte haben, basiert auf Vorurteilen und das beste Rezept dagegen ist die Konfrontation mit der Realität durch persönliche Begegnung in der Schule und im sonstigen Alltag.

DIE TIERSCHUTZPARTEI

Manchmal sind es Familienmitglieder oder Freunde, die einen sehr großen Einfluss haben. Wenn eine Schülerin oder ein Schüler noch keine feste Weltanschauung hat, kann es sein, dass man sich von jemandem beeindrucken lässt, der eine sehr starke Meinung hat, wie viele Rechtsextreme oder Rechtsradikale sie haben. Manche Menschen verwechseln dabei den Hass vieler Rechtsextremer mit Kraft und Stärke. Doch dieser Hass ist nichts anderes als geistige Armut und Engstirnigkeit.

DIE PARTEI

Wie kann es sein, dass es Rechtsradikale gibt, die Geschichtsunterricht geben? Wir setzen uns schon seit längerem für Gesinnungstests bei Geschichtslehrer:innen ein.



Wie kann es sein, dass es Schüler:innen gibt, die rechtsradikal oder rechtsextrem aus dem Geschichtsunterricht gehen?

BILDUNG UND FORSCHUNG

CDU

Das fordern wir seit Jahren. Das Kreidezeitalter muss endlich beendet werden. Die CDU geführte Bundesregierung hat dem Senat für die Digitalisierung unserer Berliner Schulen 256 Millionen Euro bereitgestellt. Aber es geht leider nicht voran – diese Mittel werden extrem schleppend abgerufen. Dasselbe gilt für die Schulsanierungs- und Neubauoffensive. Unsere Vorschläge für mehr Tempo wurden von SPD, Grünen und Linken alternativlos abgelehnt.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Jede Schule soll schnellstmöglich einen Glasfaseranschluss, WLAN, genügend Endgeräte und eine funktionierende Lernplattform bekommen. Damit dies gelingt, wollen wir ein landeseigenes Unternehmen gründen, das den Glasfasernetzanschluss prioritär durchführt. Wir brauchen aber auch pädagogisch sinnvolle Konzepte fürs digitale Lernen und einen modernen Lehrplan, der z. B. das Erkennen von Fake News und den Umgang mit Cyber Mobbing aufgreift.

DIE LINKE

Ja. Digitale Bildung dient der Förderung vernetzten Denkens und dem Erlernen moderner Kulturtechniken. Wir wollen die Digitalkompetenzen in der pädagogischen Ausbildung und durch Fortbildungen stärken. Wir wollen ein landesweites Bildungszentrum sowie einen Beirat für digitale Bildung unter Beteiligung der Schulen. Die IT-Beauftragten brauchen mehr Freistellungsstunden, um die Schulen aktiver bei der digitalen Schulentwicklung zu unterstützen. Alle Schüler:innen brauchen digitale Endgeräte, sie sind Teil des Existenzminimums und sollen im Rahmen von Transferleistungen finanziert werden. Wir setzen uns dafür ein, dass auch dem pädagogischen Personal endlich eine dienstliche IT-Ausstattung zur Verfügung gestellt wird. Wir wollen den nicht kommerziellen Lernraum Berlin als Open-Source-Plattform weiterentwickeln. Der Anschluss der Schulen an Breitbandnetze (mind. 1 GBit) muss beschleunigt werden – auch dort, wo keine Sanierung ansteht.

AfD

Wir wollen nicht, dass der ganze Unterricht nur noch auf dem Laptop stattfinden, aber die Digitalisierung muss schnellere Fortschritte machen, auch und gerade an den Schulen. Drahtlosnetzwerke und schnelle Internetverbindungen muss es dort geben. Auch die ganze andere Infrastruktur wie die Toiletten muss saniert werden - da gibt es einen großen Stau in Berlin.

Haben Sie vor, Schulen zu modernisieren/technisch besser auszustatten?

SPD

Selbstverständlich! Mit der Berliner Schulbauoffensive werden bis 2026 rund 5,5 Mrd. Euro in die Sanierung und den Neubau investiert. Wir machen Schulen zukunftsfähig und bereiten Schüler:innen auf das Leben in der digitalen Welt vor. Wie man Medien und das Internet sicher nutzen kann, soll auch im Unterricht erlernt werden. Dafür bilden wir Fachkräfte und Lehrer:innen weiter.

FDP

Die FDP fordert seit langem und schon vor der Pandemie, die Schulen für die Digitalisierung fit zu machen. Dazu gehören leistungsfähige Computer, moderne Bildungsplattformen, funktionierende Konferenzsoftware, sichere Datenverbindungen, stabiles W-Lan und leistungsfähige Anbindungen an die „Datenautobahn“ via Breitband (durch z. B. Glasfaser-anschlüsse). Lehrkräfte sollen durch geeignete Software und Personal von Verwaltungsaufgaben entlastet und technisch unterstützt werden, um sich stärker um Schüler kümmern zu können. Lehrerinnen und Lehrer müssen durch verstärkte Aus- und Fortbildung für die Digitalisierung qualifiziert werden.

DIE TIERSCHUTZPARTEI

In einer immer mehr technisierten Welt ist es äußerst wichtig, dass gerade die Schulen auf dem allerneuesten technischen Stand sind. Doch nicht nur technisches Verständnis ist wichtig, sondern auch ein gesundes Empfinden gegenüber der Natur und den Tieren – von daher sind wir für einen Ausbau von Schulgärten und Kooperationen mit Leberbäumen. Aber vor allem benötigt jede Schule mehr Personal! An vielen Schulen gibt es viel zu wenige Erzieher*innen und Lehrer*innen. Das führt dazu, dass es weniger interessante, sinnvolle Angebote für die Schüler*innen gibt. Es führt auch dazu, dass die Schüler*innen zu oft mit ihren Sorgen allein gelassen werden.

DIE PARTEI

Wir fordern E-Brokkoli in der Kantine und verpflichtende TikTok-Accounts für alle Schulleitenden. Einstellungskriterium für Lehrer:innen sind 50.000 Follower bei Twitter und die Bezahlung erfolgt nach Likes bei Instagram. Unterricht nur noch mit Autotune.

Zur Verbesserung der Umweltbilanz fordern wir Schiefertafeln für alle Schüler:innen und Faxgeräte in jedem Lehrer:innenzimmer.

CDU

In den letzten 150 Jahren hat sich allerhand verändert, leider nicht immer zum Guten. In 24 Jahren Verantwortung von SPD-Bildungsensatoren in der Berliner Landesregierung gab es mehr als 20 Reformen. Im Ergebnis haben sich weder die Abbrecherquote noch die Leistungen von Berlins Schüler im Ländervergleich verbessert. Daraus können wir nur eines lernen: Bessere Bildung muss Priorität bekommen. Mehr vollständig ausgebildete Lehrer statt so viele Quereinsteiger, kleinere Klassen, freiwillige Ferienschulen, mehr digitales Lernen. Berlin muss als letztes Bundesland endlich wieder zur Verbeamtung der Lehrer zurückkehren und damit die Abwanderung der Lehrer in andere Bundesländer beenden.

Wieso hat sich das Schulsystem in den letzten 150 Jahren nicht verändert?

DIE LINKE

DIE LINKE unterstützt in besonderem Maße Gemeinschaftsschulen und ISS-en, die auf gemeinsames Lernen, Verzicht auf frühzeitige Selektion, individuelle Förderung und nicht zu viel Leistungsdruck, sondern Freude am Lernen setzen und einen hohen Anteil von Schüler:innen mit Nicht-deutscher-Herkunftssprache aufweisen. Für die kommende Legislaturperiode streben wir keine Schulstrukturreform an, sondern Qualitätsverbesserungen im bestehenden System.

DIE TIERSCHUTZPARTEI

Doch, zum Beispiel sind die Klassen wesentlich kleiner geworden (früher gab es manchmal 50 Kinder in einer Klasse), es darf kein Kind mehr geschlagen werden und die Unterrichtsmethoden sind auch sehr vielfältig geworden. Wir finden aber, dass der Unterricht noch immer zu viel im Schulgebäude stattfindet. In Großstädten, wie Berlin, gibt es viele externe Lernorte, die noch mehr als bisher genutzt werden sollten! Ein Besuch im Museum, in der Waldschule oder in der Jugendtechnischule ist wichtiger als Bücherwissen allein. Wir sind dafür, dass mit weniger Druck und mit mehr Freude und Praxisbezug gelernt wird! Ein Kind ist kein Computer, den man mit Wissen füllen kann. Ein Kind lernt mit allen Sinnen und nicht nur aus Büchern oder durch Frontalunterricht.

DIE PARTEI

Weil wir die einzige Partei mit „Elitenförderung“ im Namen sind.

SPD

Das vor 150 Jahren eingeführte dreigliedrige Schulsystem gibt es in Berlin nicht mehr, denn gute Bildung ist keine Frage der Herkunft, sondern der gerechten Chancen. Deshalb haben wir die Hauptschulen abgeschafft, sind Vorreiter bei Ganztagschulen und öffnen die Bildungswege für alle Kinder. Wir haben auch das jahrgangsübergreifende Lernen (JüL) eingeführt. Es gibt kostenfreies Mittagessen, ein Schülerticket und keine Lernmittelgebühren in der Grundschule. Mit der Schule von damals hat das nicht mehr viel zu tun.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

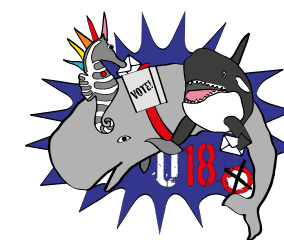
Unser Schulsystem hat eine lange Tradition. Viele haben Angst vor einer Veränderung. Dabei wissen wir: Es wäre viel besser, wenn Kinder möglichst lange gemeinsam lernen. Wir wollen eine Schule, die sich an den Bedürfnissen von Kindern orientiert und wo Schüler*innen sich entwickeln, soziales Miteinander und Mitbestimmung erproben können. Wir wollen, dass in der Schule nicht Defizite, sondern die Stärken und das Miteinander im Mittelpunkt stehen.

FDP

Seit 1871 hat sich im deutschen Schulsystem eine Menge getan: War das Schulwesen zuvor überwiegend kirchlich dominiert, beherrschen heute staatliche Schulen das Bild. Gemeinsamer Unterricht von Jungen und Mädchen war bis zum Ende des 2. Weltkriegs nur in der Grundschule („Volksschule“) üblich. An weiterführenden Schulen wurde nach Geschlechtern getrennt unterrichtet. Die Klassen waren sehr viel größer als heute. Die Chance auf den Erwerb einer Allgemeinen Hochschulreife blieb vielen verwehrt. Erst die Bildungsreformen der 1970-er Jahre haben insbesondere Kindern aus Arbeiterfamilien, besonders Mädchen den Weg zu höheren Schulabschlüssen geebnet. In Berlin ist mit der Einführung der Integrierten Sekundarstufe eine weitere große Reform eingeleitet worden. Der Unterricht für Kinder mit besonderen Förderbedürfnissen hat sich durch das Ziel der Inklusion verändert. Die Herausforderung bleibt, jedem Kind das Bürgerrecht auf Bildung durch maßgeschneiderte Angebote in einem vielfältigen Bildungssystem zu sichern.

AfD

Das Schulsystem hat sich verändert. Früher gab es zum Beispiel getrennte Klassen (nach Geschlechtern). Aber manche Dinge bleiben eben auch immer gleich: Gedichte, Jahreszahlen oder das Periodensystem der Elemente lernen sich nicht von alleine. Und ein Lehrer, der vorne steht und es erklärt, weiß in der Regel besser Bescheid als Siri.



STADTENTWICKLUNG, VERKEHR UND UMWELT

CDU

Da gibt es jede Menge Möglichkeiten. Es gibt den Landeschulerausschuss, in einigen Bezirken auch Kinder- und Jugendparlamente, Sprechstunden mit unseren Abgeordneten. Letztere in Pandemiezeiten selbstverständlich online oder telefonisch. Wäre jetzt nicht Corona, kämen sie auch gern mal zum Gespräch in eure Klassen und in eure Jugendzentren. Mitreden kann und soll jeder - erst recht bei Zukunftsthemen wie Umwelt- und Klimaschutz.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Kinder und Jugendliche haben das Recht, bei allen Themen mitzureden. Deswegen wollen wir Formate der Kinder- und Jugendbeteiligung fördern, damit ihr euch zum Beispiel bei Fragen von Klimaschutzmaßnahmen einbringen könnt. Damit Jugendliche ihr Mitspracherecht wirklich umsetzen können, dürfen sie auch von Wahlen nicht ausgeschlossen werden. Deshalb setzen wir uns für die Absenkung des Wahlalters in einem ersten Schritt auf 14 Jahre ein.

FDP

Kinder und Jugendliche haben 2019/2020 sehr deutlich bewiesen, dass sie die öffentliche Meinungsbildung beeinflussen können. Jenseits plakativer Überschriften und Forderungen liegt der Erfolg politischer Anliegen immer in seiner alltagstauglichen Umsetzung. Kinder und Jugendliche können im Dialog mit Erwachsenen auf ihre Bedürfnisse aufmerksam machen und für verantwortungsbewusste Verhaltensanpassungen werben. Sie können aber noch mehr: Jedes Kind kann seine Eltern wissen lassen, dass es nicht in den Urlaub fliegen muss oder im elterlichen Auto zur Schule gefahren werden möchte, sondern naheliegende Reiseziele ansteuern und den Nahverkehr nutzen möchte.

AfD

Mitreden können sie immer. Sollen sie sogar, denn das gehört zum Erwachsenwerden. Entschieden werden die Dinge aber von den Erwachsenen, weil die alt genug sind, weitreichende Entscheidungen zu treffen.

SPD

Es ist wichtig, dass Kinder sich einbringen und ihre Meinung vertreten. Kinder können sich z. B. ganz konkret in den Jugendräten der Bezirksparlamente engagieren. Wir wollen außerdem, dass sich Schüler:innen intensiver beteiligen und bei Entscheidungen mitwirken können, egal ob in der Schule oder in der Freizeit. Außerdem wollen wir das aktive Wahlalter auf 16 Jahre herabsetzen.

Wie weit können Kinder in der Politik mitreden, z. B.: beim Thema Umwelt und erneuerbare Energien?



DIE LINKE

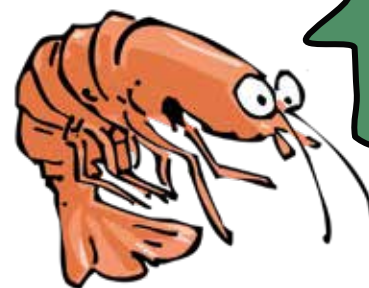
Bei der LINKEN kann jede und jeder - unabhängig vom Alter - mitmachen. Mitglied kann man bei uns ab 14 Jahren werden - früher geht es aufgrund des Bürgerlichen Gesetzbuchs nicht. Kandidieren kann man nach dem Wahlgesetz erst ab 18 Jahren. Wir stellen gerne auch junge Menschen auf. Politischen Einfluss kann man auch als junger Mensch durch die Mitarbeit in Vereinen, Initiativen und Projekten nehmen und DIE LINKE beteiligt diese auf Augenhöhe.

DIE PARTEI

Greta muss reichen.

DIE TIERSCHUTZPARTEI

Viele Kinder gucken die Kindernachrichten und sind bestens über aktuelle Themen, wie den Energiewandel, informiert. Wer Bescheid weiß, kann auch Dinge zum Positiven verändern.



Warum wird die Energiewende aktiv gebremst (z. B. durch das Windmühlenabstandsgesetz)?

CDU

Im Gegenteil: Der Anteil erneuerbarer Energien lag 2020 bei 46 Prozent und damit höher als erwartet (erwartet wurden 35 Prozent). Es geht also schneller voran trotz des umstrittenen Abstandsgesetzes. Dieses Gesetz ist das Ergebnis zunehmender Kritik und Widerstände von Umweltschützern und Bürgerinitiativen gegen die „Verspargelung“ der Landschaft und gegen die Bedrohung vieler Vögel. Insofern hat diese Regelung als sinnvoller Kompromiss eine Berechtigung.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Wir Bündnisgrüne sind der Turbo für die Energiewende. Wenn wir jetzt nicht handeln, wird es bald zu spät sein! Wir wollen, dass die gesamte Energie, die in Berlin benötigt wird, aus erneuerbaren Quellen, wie Sonne oder Wind kommt. Deshalb haben wir die Solarpflicht in Berlin eingeführt, deshalb wollen wir bis 2030 auf allen städtischen Gebäuden Solaranlagen. Wieso andere sie ausbremsen, müsst ihr sie fragen.

DIE PARTEI

Weil euer Taschengeld nicht zum Schmieren von Politiker:innen reicht.

AfD

Es gibt viele Gründe, die ökokommunistische De-Industrialisierung Deutschlands abzulehnen. Die furchtbaren Windräder, die unsere Heimat verschandeln und unseren Strom immer teurer machen, sind nur ein Grund, warum sich immer mehr Bürger gegen diesen Wahnsinn wehren. Auch das Sterben von Insekten und von seltenen Vogelarten durch die tödlichen Windräder gibt vielen Leuten zu denken.

SPD

Klimawandel und Wirtschaftspolitik besser zu verbinden ist eines unserer größten Vorhaben. Berlin verfügt über viele Unternehmen und Forschungseinrichtungen, die gute Lösungen für die Energiewende entwickeln. Das wollen wir fördern.

Abstandsregelungen schützen die Gesundheit der Einwohner:innen. In Berlin sind die Möglichkeiten für Windenergie leider begrenzt. Deshalb wollen wir die Solarenergie stark ausbauen.

DIE TIERSCHUTZPARTEI

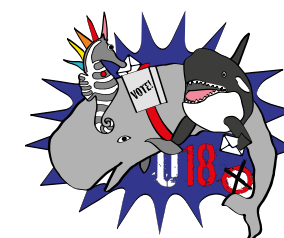
Das geschieht aufgrund verschiedenster Interessen. Manche wollen weiterhin mit schmutziger Energie Geld verdienen. Andere stören sich an dem Anblick der Windräder und meinen, dass diese die Aussicht stören.

DIE LINKE

Anwohner:innen sind mit ihren Bedenken z. B. wegen Lärmemissionen zu beteiligen, aber die Abstandsregeln der CDU-SPD-Bundesregierung für Windräder sind deutlich zu groß bemessen, die pauschale Festsetzung ist fragwürdig und die Auslegung auf nur fünf Wohnhäuser zu eng. Der klimapolitische Sprecher der Linksfraktion im Bundestag hat gewarnt, die Bundesregierung breche auf diese Weise mit der Windenergie das Rückgrat der Energiewende.

FDP

Die Energiewende wird aktuell mit großem Aufwand und hohen Investitionen vorangebracht. Bei der Installation von Windkraftanlagen muss aber auch Rücksicht auf Landschaft, Artenschutz und Belastungen der Bevölkerung genommen werden. Deshalb müssen auch Windkraftanlagen bauliche Auflagen erfüllen. Die Energiewende benötigt auch sehr viel mehr als nur Windkraftanlagen, diese allein sind deshalb kein Maßstab für das Vorankommen der Energiewende.



STADTENTWICKLUNG, VERKEHR UND UMWELT

CDU

Weil die Elektromobilität in der Ökobilanz wie auch bei Reichweite, Wirtschaftlichkeit und Verfügbarkeit noch einen hoffnungsvollen Weg der Entwicklung vor sich hat. Ihr und der Wasserstofftechnologie gehören zweifellos die Zukunft. Das von der Union geführte Bundesverkehrsministerium setzt daher bei seiner Förderpolitik wie auch immer mehr Hersteller klar auf die Elektromobilität und die Wasserstofftechnologie.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Der fossile Verbrennungsmotor hat keine Zukunft. Wir wollen ab 2030 nur noch emissionsfreie Autos neu zulassen. In Berlin sollen klima- und gesundheitsschädliche Verbrenner bis 2030 aus der Innenstadt und bis 2035 aus ganz Berlin verschwinden. Statt an fossilen Verbrennungsmotoren festzuhalten, schaffen wir eine neue Mobilität mit E-Autos, der Bahn und dem Rad. Nur durch einen grundlegenden Wandel lassen sich Jobs auch für die Zukunft sichern.

FDP

Worauf gründet sich diese Behauptung? Verbrennungsmotoren werden unseres Wissens nicht eigens gefördert.

Im Übrigen können auch Verbrennungsmotoren eine Zukunft haben, wenn sie mit klimaneutralen Treibstoffen wie Wasserstoff oder synthetischen Kraftstoffen, die mit Hilfe nicht-fossiler Energieträger (Sonne, Wind, Wasser) gewonnen werden, betrieben werden. Dann entwickeln sie keine klimawirksamen Emissionen mehr.

AfD

Gefördert werden in Deutschland derzeit vor allem teure und ineffiziente E-Autos, die sich nur die Reichen leisten können. Verbrennungsmotoren sind eine großartige Erfindung, die Millionen einfachen Leuten ein Maß an Freiheit ermöglichen, das frühere Generationen nicht kannten. Sie werden immer stärker besteuert und mit Fahrverboten belegt. Das ist unfair und unwirtschaftlich zugleich.

Warum werden Verbrennungsmotoren immer noch gefördert?



SPD

Für uns gibt es nicht das eine richtige Verkehrsmittel. Wir wollen niemandem vorschreiben, wie man zu leben hat. Wir wollen attraktive Angebote schaffen, damit die Menschen auf das Auto verzichten können. Dazu gehört ein attraktiver öffentlicher Nahverkehr mit dem Ausbau von U-Bahnen aber auch die Sanierung von Rad- und Fußwegen. Auch die Elektromobilität wollen wir stärken und neue Ladestationen schaffen.

DIE LINKE

DIE LINKE fordert seit ihrem Bestehen die Förderung auf Antriebe mit guter CO₂-Bilanz umzulenken. Die Autoindustrie hat im Autoland Deutschland eine starke Lobby, sich mit Händen und Füßen dagegen gewehrt und CDU, SPD und FDP in der Regierungsverantwortung im Bund der letzten 15 Jahre sind eingeknickt und haben dies verhindert. Wie sich nun wenig überraschend herausstellt zum Schaden der Autoindustrie, die wichtige Entwicklungen verschlafen hat.

DIE TIERSCHUTZPARTEI

Weil das Bewusstsein, dass wir nur eine Erde haben und diese durchaus zerbrechlich ist, noch nicht in allen Köpfen angekommen ist! Die Befürworter der Verbrennungsmotoren sprechen gern von Wirtschaftlichkeit. Aber das ist Unsinn, denn die Folgekosten des Einsatzes von abermillionen Verbrennungsmotoren und der einhergehenden Zerstörung der Natur sind kaum zu beziffern!

DIE PARTEI

Weil Benzin geil riecht und Autos damit schöner brennen.

CDU

Zum einen gibt es im Bereich Umweltschutz genauso wie in anderen Politikbereichen nicht schwarz und weiß. Lange waren Atomkraftwerke – da sie kein CO₂ ausstoßen – ein Baustein der Politik in Deutschland gegen den Klimawandel. Richtigerweise hat sich die CDU geführte Bundesregierung nach der Atomkatastrophe in Fukushima aber für die Abschaltung der deutschen Atomkraftwerke entschieden. Das war gut, half uns aber beim Kampf gegen den Klimawandel nicht. Zum anderen sehen wir die Lösung durch in der Nutzung technologischer Lösungen, z. B. für CO₂-Speicherung. Hier haben wir noch viel Potential. Das müssen wir nutzen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Wir Grünen kämpfen schon seit unserer Gründung für den Schutz von Klima, Umwelt und Natur. Die Bundesregierung hat das Thema viel zu lange verschlafen. Auch in Berlin gab es viel Nachholbedarf, als wir 2016 an die Regierung kamen. Seitdem haben wir die Klimanotlage ausgerufen, die Mobilitätswende eingeleitet, den Kohleausstieg und die Solarpflicht beschlossen. Den Weg wollen wir weitergehen und Berlin so schnell wie möglich klimaneutral machen.

FDP

Maßnahmen gegen den Klimawandel bestehen bereits seit über 30 Jahren.

So gab es in Deutschland 1991 das erste Erneuerbare-Energien-Gesetz weltweit, dies hat den Anteil Erneuerbaren Energien beim Strom massiv erhöht.

Klimaschädliche Emissionen aus allen Bereichen werden seit dem Kyoto-Protokoll 1997 weltweit verpflichtend gesenkt.

In Deutschland sind seit 1990 die Emissionen dadurch bereits über 42% gesunken, dies reicht allerdings noch nicht aus.

AfD

Die Story von der vom Menschen ausgelösten Erderwärmung ist eine interessante These. Benutzt euren eigenen Verstand. Lasst euch nicht mit Fake-Informationen wie „soundsovieler Experten sind einer Meinung“ für dumm verkaufen. So etwas stellt sich bei genauerem Hinweisen oft als manipuliert heraus. Mit der Geschichte von der Erderwärmung verdienen viele Leute einen Haufen Geld.

SPD

Wir verstehen den Klimawandel als Thema für alle Politikbereiche in Berlin und wollen diese konsequent auf mehr Klimafreundlichkeit ausrichten. Seit Jahren hat die SPD im Bundestag für ein Klimaschutzgesetz gekämpft. Freiwillige Absichtserklärungen helfen langfristig nicht weiter, wichtig sind verbindliche Regeln! Der Klimaschutz muss auch sozial gerecht gestaltet werden und darf die Gering- und Normalverdiener nicht zusätzlich belasten.

DIE LINKE

DIE LINKE durfte noch nie Regierungsverantwortung im Bund übernehmen, wo die entscheidenden Weichen gestellt werden und ist somit nicht verantwortlich für die verfehlte Klimapolitik der Bundesregierungen der letzten Jahrzehnte. In der durchgesetzten, dass im Heizkraftwerk Klingenberg keine Verfeuerung von Braunkohle mehr erfolgt.

Warum haben Sie erst so spät etwas gegen den Klimawandel unternommen?

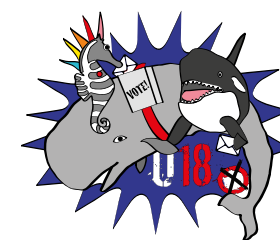


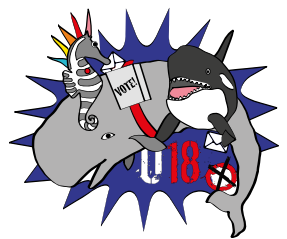
DIE TIERSCHUTZPARTEI

Das ist mir auch ein Rätsel. Ich wurde im Jahr 1988 eingeschult. In der Oberschule hat mein Biologielehrer uns in den 1990er Jahren schon von dem drohenden Klimawandel berichtet. Ich dachte, dass die Politik davon ja auch wissen muss und somit auch gleich handelt. Fehlannonce. Die Tierschutzpartei ist seit 1993 für eine Umkehr im Umgang mit Tieren und Natur. Dieses Ziel sollte kompromisslos verfolgt werden!

DIE PARTEI

Wer behauptet denn, wir hätten schon etwas unternommen? Wir warten erst, bis die anderen etwas machen, und hängen uns dann hinten dran.





CDU

Aus Jugendschutzgründen ist das sinnvoll. Vor allem exzessive Handynutzung im Kindes- und Jugendalter führt in Deutschland u. a. dazu, dass sich die Augen nicht richtig entwickeln. Im Land mit der längsten täglichen Handynutzung – in Südkorea – sind deshalb 95% der Jugendlichen kurzsichtig und haben auch deshalb ein erhöhtes Risiko im Alter zu erblinden. Bitte seht Euch mal das vollständig an: https://www.youtube.com/watch?v=utnzI7Y_qD0 (Wissensdurst-Fest 2019: Prof. Dr. Dr. Manfred Spitzer)

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Der Jugendmedienschutz braucht dringend ein Update. Wir wollen allen Kindern ein gutes, freies und selbstbestimmtes Aufwachsen in der digitalen Welt ermöglichen. Dafür müssen wir Kinder und Jugendliche im Netz wirksam vor Gefahren schützen und auch das richtige Verhalten im Netz lehren. Statt auf Filter setzen wir dabei vorrangig auf Vorsorgemaßnahmen der Anbieter*innen.

FDP

Nach geltendem Recht können Jugendliche Playstore- und Prepaidkarten ab dem 16. Lebensjahr erwerben. Eigene Handy-Verträge können erst mit Erreichen der Volljährigkeit ab dem 18. Lebensjahr abgeschlossen werden. Die rechtlichen Vorgaben orientieren sich an der Geschäftsfähigkeit sowie am Daten- und Jugendschutz.

AfD

Nur wer die volle Verantwortung für sein Handeln übernehmen kann, kann auch die volle Kontrolle, den vollen Zugang, den eigenen Telefonanschluss haben. Das ist so ähnlich wie mit dem Führerschein. Fragt eure Eltern, ob sie euch mehr Mitspracherecht einräumen. Wenn sie sehen, dass ihr verantwortungsbewusst damit umgeht, werden sie euch vielleicht entgegenkommen.

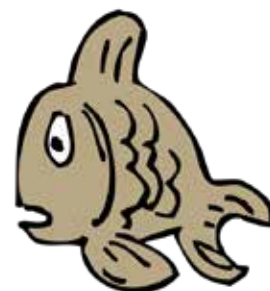
SPD

Der Kinder- und Jugendschutz ist wichtig. Gerade die neuen technischen Möglichkeiten und Online-Formate stellen neue Gefahren für Kinder und Jugendliche dar. Bei digitalen Angeboten z. B. PC- oder Handy-Spielen sind vor allem versteckte Kosten problematisch. Oftmals bekommt man gar nicht mit, dass man gerade etwas kauft oder ein Abo abschließt. Davor wollen wir Kinder und Jugendliche schützen.

DIE LINKE

Jugendliche unter 18 Jahren sind nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch "beschränkt geschäftsfähig". Um Rechtsgeschäfte eingehen zu können, benötigen sie die Einwilligung ihrer Erziehungsberechtigten. Es ist zwar üblich, dass auch junge Menschen gemäß dem Taschengeldparagraph im BGB Geschäfte abschließen und z. B. im Laden Computerspiele erwerben können. Dieser gilt für Playstorekarten aber nicht, weil ansonsten der Jugendschutz ausgehöhlt würde.

Man darf schon vor der Volljährigkeit ein Handy benutzen. Warum sind die Handy- oder Playstorekarten erst ab 18 Jahren?



DIE TIERSCHUTZPARTEI

Wahrscheinlich, weil man möchte, dass die Eltern einen Blick darauf haben, was die Kinder mit ihrem Handy machen. Es gibt ja auch Spielbetreiber, die nur sehr viel Geld verdienen wollen und versuchen, Kindern und Jugendlichen ihr Taschengeld abzuluchsen. Aber genau wissen wir das auch nicht.

DIE PARTEI

Weil alles, was Spaß macht, erst ab 18 Jahren ist und eure Eltern sich die Illusion erhalten wollen, dass sie euch kontrollieren können.

CDU

Gegen Gewalt – egal, ob von wem sie mit welcher Motivation ausgeübt wird – muss mit der vollen Härte des Rechtsstaats vorgegangen werden. Sogenannte Bodycams können hier helfen. Wir fordern sie schon sehr lange – SPD, Grüne und Linke haben sie lange verhindert. Nun kommen sie endlich – dürfen aber wegen eines sehr restriktiven Gesetzes, das SPD, Grüne und Linke gegen unsere Stimmen im Berliner Abgeordnetenhaus verabschiedet haben, nur eingeschränkt eingesetzt werden. Das wollen wir ändern!

SPD

Die Vorfälle nehmen wir sehr ernst und stellen daher unmissverständlich klar: Gegen Extremist:innen in Sicherheitsbehörden gehen wir konsequent vor. Wichtig ist, dass wir nicht alle Polizist:innen pauschal verdächtigen. Öffentlichen Einrichtungen sollen sich mit Rassismus auseinandersetzen, dazu führen wir Fortbildungen ein. Für Bürger:innen wird es eine/n Polizeibeauftragte(n) als Ansprechpartner außerhalb der Polizei für solche Fälle geben.

Was tun Sie gegen rechte Polizeigewalt?



DIE LINKE

DIE LINKE fordert, Racial Profiling in den Sicherheitsbehörden zu verbieten, Einstellungsmuster von Polizist:innen regelmäßig zu untersuchen, einen starken Polizeibeauftragten als Anlaufstelle für anonyme Eingaben, einen transparenten Umgang mit Missständen in der eigenen Behörde, eine Ausweitung der Themen Rassismus und Diskriminierung in der Polizeiaus- und -fortbildung und eine konsequente Ahndung bei Vorfällen von Rassismus und rechter Gewalt.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Diskriminierung und rassistische Tendenzen in der Polizei dürfen in Berlin keinen Platz mehr haben! Deshalb ist es entscheidend, gegenüber solchen Tendenzen klar vorzugehen. Bezogen auf die rechtsextreme Terrorserie in Neukölln bedeutet dies, dass es eine umfassende Aufklärung, einen Untersuchungsausschuss und klare Konsequenzen daraus geben muss. Zudem fordern wir eine Studie zu Rassismus bei der Polizei.

AfD

Polizisten müssen manchmal Gewalt anwenden. Oder glaubt jemand, ein Bankräuber ließe sich mit netten Worten stoppen? Wenn also Polizeigewalt manchmal notwendig ist, dann muss sie natürlich weltanschaulich neutral daherkommen. Das heißt, sie darf nicht links oder rechts oder was auch immer sein. Der Staat muss sich an seine Gesetze halten und nicht fragen, welche Gesinnung jemand hat. Aktuelle Fälle „rechter Polizeigewalt“ aus Berlin sind indes nicht bekannt. Daher lautet die Antwort: nichts.

FDP

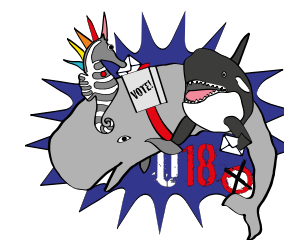
Weil sich pauschale Urteile und ein Generalverdacht gegen alle Kräfte im Dienst der Berliner Polizei verbieten, dürfen Einzelfälle schädlichen Verhaltens nicht das Bild der Berliner Polizei bestimmen. Fehler müssen aufgeklärt, nachgewiesene Verstöße gegen Vorschriften und Gesetze streng geahndet werden. Ordnungskräfte, die die freiheitlich-demokratische Grundordnung aufgrund welcher Motive auch immer nicht achten und sogar verletzen, haben in Berlins Polizei keinen Platz. Es spricht für unser Rechtssystem, wenn Polizei und Justiz ohne Ansehen der Person tätig sind, um das Recht auch gegenüber gestrauchelten Gesetzeshütern durchzusetzen. Das kritische Bewusstsein für die Werte des Rechtsstaats wach zu halten, ist die Daueraufgabe der Personalauswahl und Führung, Aus- und Fortbildung in der Polizei.

DIE TIERSCHUTZPARTEI

Die Polizei muss immer im Sinne des Grundgesetzes handeln. Sie ist für alle in Deutschland lebenden Menschen zuständig, egal, woher sie kommen. Wenn es zu rechter Polizeigewalt kommt, muss diese geahndet werden. Um es gar nicht erst so weit kommen zu lassen, sollte bereits bei der Ausbildung der Polizist*innen darauf geachtet werden, ob ihre Gesinnung dem Grundgesetz entspricht.

DIE PARTEI

Wir wenden die Hufeisentheorie an: Linke Polizeigewalt fördern!



CDU

Das Gegenteil ist der Fall, siehe Antwort oben (Stadtentwicklung). Im Übrigen können sich Kinder und Jugendliche auch direkt bei politischen Organisationen, wie z. B. in der Schüler Union und der Jungen Union einbringen. Alle sind herzlich willkommen!

Warum gibt es so wenig Möglichkeiten sich als junger Mensch politisch zu engagieren?

SPD

In unserer Großstadt ist das Angebot sehr groß. In allen Bezirken gibt es Kinder-/Jugendparlamente oder -Räte. Politik und Engagement fängt schon in der Schule an, bei Klassensprecher:innen, in AG, bei Planspielen oder Schüler-Unis. Wir wollen eine demokratische Schule und der Partizipation von Schüler:innen den Rücken stärken.

Übrigens: Ab 14 Jahren kann man auch bei den Jusos mitmachen und sich engagieren, kommt doch mal vorbei 😊



CDU

Wenn uns die Ideen und Konzepte überzeugen, dann sollte das möglich sein. Denn Jugend braucht Freiräume. Gut, dass es die Jugend- und Familienstiftung des Landes Berlin mit ihren Möglichkeiten zur Projektförderung und den Jugenddemokratiefonds gibt. Der Jugenddemokratiefonds, der ebenfalls Projekte fördert, wurde mit unserer Mitwirkung in der letzten Wahlperiode des Abgeordnetenhauses eingeführt. Wir ermuntern alle, Projektanträge bei diesen beiden Einrichtungen einzureichen.

SPD

Ja! Wir stärken die Jugendbildungsstätten und den Jugenddemokratiefonds, die Landeszentrale für politische Bildung und machen das Freiwillige Soziale Jahr attraktiver! Außerdem wollen wir mehr Räume für Kinder- und Jugendprojekte zur Verfügung stellen.

DIE LINKE

Mit dem Jugendförder- und Beteiligungsgesetz hat Rot-Rot-Grün die Voraussetzungen geschaffen, die Angebote der Kinder- und Jugendhilfe zu sichern und auszubauen. Es muss in allen Bezirken Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen, Ferienreisen, internationale Begegnungen und kulturelle sowie andere Freizeitangebote geben. Kinder und Jugendliche sollen an allen diesbezüglichen Entscheidungen im Rahmen der bezirklichen Jugendförderpläne beteiligt werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Jugendliche sollen über alle Angelegenheiten, die sie betreffen, mitsprechen und sichere Räume haben, die sie selbst gestalten. Wir wollen in der Stadtentwicklung, mit Streetworker*innen in der offenen Jugendarbeit und mit selbstverwalteten Jugendfreizeiteinrichtungen und -clubs die Möglichkeiten für Jugendliche dauerhaft verbessern, sich selbst zu verwirklichen. Auch die Vielfalt des internationalen Jugendaustauschs wollen wir sichern.

Werden Sie für Jugendprojekte und Freizeitangebote mehr Mittel einsetzen?



DIE TIERSCHUTZPARTEI

Auf jeden Fall! Die Jugend ist eine so kurze, prägende, wichtige Zeit! Man sollte seine Fähigkeiten kennenlernen und nutzen können und die Möglichkeit haben, auf entspannte Weise, in guter Gesellschaft, viele interessante Dinge zu lernen, die einen im Erwachsenenleben weiterbringen. In Berlin gibt es das FEZ, ein Zentrum für Kinder und Jugendliche mit vielen Freizeit- und Bildungsangeboten. So etwas braucht jede Stadt und jeder Stadtteil!

FDP

Die Kosten der Pandemie sind erheblich. Ihre wirtschaftlichen Folgen mit Blick auf den Verlust von Arbeitsplätzen und damit einbrechenden Einnahmen aus Steuern und Sozialabgaben schwer absehbar. Deshalb und trotzdem muss es darum gehen, den Status öffentlich finanzierter Jugendprojekte und Freizeitangebote zu halten. Es wäre aber mit Blick auf die gestiegene Schuldenlast Berlins und des Bundes unredlich, Kindern und Jugendlichen mehr Ausgaben zu versprechen, die sie und ihre Kinder künftig über höhere Steuern und Abgaben bezahlen müssen. Das Ziel, den breiten Bestand zu sichern, ist in dieser Situation schon anspruchsvoll genug, aber alle Mühe wert.

AfD

Wir werden uns auch weiterhin dafür einsetzen, dass Familien steuerlich entlastet werden, damit sie ihren Kindern ein schönes Zuhause und mehr Möglichkeiten bieten können als es im Hochsteuerland Deutschland derzeit der Fall ist.

AfD

Diese Frage ist Quatsch. Die Jugend wird allorts frühpolitisiert. Schon Grundschüler werden zur Teilnahme an FFF-Demos benötigt. Und überall werden sie mit roter Propaganda beschallt. Clevere Kinder hingegen lernen fleißig und lassen sich keine linken Phrasen in den Kopf setzen. Sie wissen: Sich für ihr Gemeinwesen einsetzen – das können sie auch später noch, wenn sie alt genug sind, alles zu durchschauen. Wer es dennoch bereits als Jungendlicher machen mag, der kann Mitglied der Jungen Alternative werden. Deren Vorsitzender ist jetzt sogar Mitglied im Landesvorstand der Alternative für Deutschland.

DIE PARTEI

Weil der Zahnseidentanz bisher keine rechtliche Grundlage für Gesetzesänderungen bietet. Wir fordern schon seit langem die Senkung des Wahlalters auf 10 Jahre. Das Maximalwahlalter soll an das Renteneintrittsalter gekoppelt werden.

DIE LINKE

Es gibt in Berlin viele politische Projekte, Vereine und Initiativen, bei denen man sich auch als junger Mensch politisch engagieren kann und zumindest bei der Partei DIE LINKE sind junge Menschen ebenfalls herzlich willkommen. Der Einfluss der Zivilgesellschaft auf die institutionalisierte Politik sollte nicht unterschätzt werden: Wenn sich Menschen zusammenschließen und politische Forderungen öffentlichkeitswirksam vertreten, hat das Einfluss!

FDP

Kinder- und Jugendliche haben zahlreiche Möglichkeiten, sich politisch zu engagieren. Sie tun dies in Umweltorganisationen und Sozialprojekten, in den Schülervertretungen ihrer Schulen, in den Bezirken, aber auch in kirchlichen Jugendgruppen und politischen Jugendverbänden wie den Jungen Liberalen, der Vorfelddorganisation der Freien Demokraten, wo sie an der konkreten Willensbildung mitwirken oder konkrete politische Vorhaben realisieren. Wir befürworten die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen durch zum Beispiel Kinder- und Jugendparlamente wie sie einzelne Berliner Bezirke zur Verbesserung des Austauschs und der Partizipation von jungen Menschen pflegen.

DIE TIERSCHUTZPARTEI

Jede Partei freut sich über neue Mitglieder, egal welchen Alters! Man kann sich auch in verschiedenen Tierschutz-Vereinigungen engagieren!

DIE PARTEI

Wir sind die Partei der extremen Mittel.

Spielflächen, Naturbewegungsräume und Sportflächen in unmittelbarer Umgebung sind besonders für Kinder und Jugendliche wichtig. Wie wollen Sie mit Ihrer Partei diese Freiflächen in der Stadt für die Zukunft sichern und ausbauen?

CDU

Freiflächen müssen über den Flächennutzungsplan abgesichert werden. Gut, dass wir in der letzten Wahlperiode das Spielplatzsanierungsprogramm auf den Weg gebracht haben. Denn Spielplätze müssen auch Spielgeräte haben, die gut benutzbar sind. Wir wollen keine Spielplätze voll mit kaputten Spielgeräten! Bei Sportflächen müssen wir mutiger werden! Paris hat auf dem Dach von Doppelturnhallen oft noch einen Freiplatz mit hohem Netz – in Berlin sind Doppelstockturnhallen leider die große Ausnahme. Auch hier gilt aber: Jugend braucht Freiräume. Hier muss bei künftigen Baumaßnahmen gleich mehrstöckig gebaut werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Nur eine grüne Stadt ist eine lebenswerte Stadt. Daher kämpfen wir für den Schutz von Grünflächen, sei es das Tempelhofer Feld, Parks, Grünstreifen, Kleingärten oder Friedhöfe. Unser Ziel ist es auch, die Grün- und Erholungsgebiete weiter auszubauen. Entsiegelungen wie an der Karl-Marx-Allee wollen wir weiter vorantreiben, mehr Urban-Gardening-Möglichkeiten schaffen, Parkplätze zu Pocket Parks verwandeln und noch mehr Straßenbäume pflanzen.

FDP

Berlin gehört zu den grünsten Großstädten Europas. Die Berlinerinnen und Berliner lieben ihre Parks, Grün- und Sportanlagen. Sie nutzen sie intensiv. Gleichzeitig steigt die Flächenkonkurrenz durch den Bedarf an Wohnungen in einer hoffentlich bald wieder wachsenden Stadt. Wir werben hier für den Ausgleich zwischen den Bedürfnissen von Anwohnern, Sporttreibenden und Erholungssuchenden. Industrie-, Dach- und Fassadenbegrünungen können die Lebensqualität in der Stadt verbessern. Statt teurer neuer Prestigeprojekte wie dem Flussbad in Mitte muss der Erhalt und die Pflege vorhandener Schwimm- und Sportstätten in den Blick genommen werden. Jede vernünftige Stadtentwicklung weiß um die Bedeutung gestalteter Grün- und Frei- und Sportflächen für die Lebens- und Aufenthaltsqualität in einer Großstadt.

DIE PARTEI

Wir wickeln alles in Ploppfolie ein. Ferner werden wir alle Parteizentralen, außer unserer, zu Freiflächen erklären, allen voran das Willy-Brandt-Haus, das braucht keiner mehr.

SPD

Kinder brauchen Orte in der Stadt, an denen sie sich frei bewegen und draußen aufhalten können. Wir setzen uns für eine Verkehrsinfrastruktur ein, die Kinder nicht gefährdet und ihnen einen sicheren Platz zum Spielen und frei bewegen schafft. Sport- und Spielflächen werden altersübergreifend noch kreativer und barriereärmer gestaltet und saniert. Wir wollen neue Spielflächen bauen. Kinder und Jugendliche werden dabei in die Planung einbezogen.

DIE LINKE

DIE LINKE will, dass auf öffentlichen Flächen mehr frei nutzbare Sportgeräte installiert werden, die Schulschwimmbädern ausgebaut werden, bedarfsgerecht Sportanlagen gebaut und ausgebaut werden, dass für jede aufzugebende Sportanlage Ersatz bereitgestellt werden muss, dass bei großen, auch privaten Bauprojekten Sportanlagen verbindlich mit zu planen sind und geeignete große Dachflächen in Sportflächen verwandelt werden.

DIE TIERSCHUTZPARTEI

Das ist absolut richtig! Wir sind dafür, Parks, Grünanlagen und Stadtwälder zu schützen und zu erweitern. Diese Flächen dürfen nicht versiegelt werden durch Straßenbau oder architektonische Verdichtung. Wir möchten mehr Spiel- und Sportgeräte, Parcours sowie Sportkurse im Freien! Jede Schule sollte einen Schulgarten haben! Wir wollen aber auch mehr Auslaufplätze für Hunde, denn die brauchen auch viel Bewegung in der Natur!

AfD

Ein ganz wichtiger Punkt ist: Wir wollen mehr Wohneigentum. Der beste Spielplatz ist der eigene Garten hinter dem eigenen Haus. Wo das nicht möglich ist, muss es Spielplätze, Sportstätten und andere Flächen geben, auf denen auch und gerade junge Berliner Zeit verbringen können.

CDU

Menschen in Armut und auf der Straße verdienen besondere Aufmerksamkeit. Deshalb unterstützten wir sie. Auch sie erhalten Unterstützung vom Staat und es gibt zahlreiche Hilfs- und Beratungsangebote, die wir ideenreich weiterentwickeln. Unser Fraktionsvorsitzender hilft nicht nur regelmäßig mit vielen anderen CDU-Angeordneten beim traditionellen weihnachtlichen Gänseessen für Obdachlose von Frank Zander mit; er hat auch in Zusammenarbeit mit einer Wohnungsbaugesellschaft Wohnungen vermittelt und für die Wohnungslosentagesstätte in Schöneberg für Obdachlose eingekauft und sich dort aus erster Hand über die Probleme informieren lassen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

In Berlin haben wir seit 2016 bei der Bekämpfung von Armut viel geschafft. Wir haben in der Mietenpolitik viel erreicht, das kostenlose BVG-Ticket für Schüler*innen, kostenloses Bioessen in den Grundschulen eingeführt und wollen mit einer Kindergrundsicherung Kinder gegen Armut schützen. Wir setzen uns das Ziel, die Obdachlosigkeit bis 2030 zu beenden und allen, z. B. nach dem Konzept von Housing-First, eine Wohnung anzubieten.

FDP

Die FDP hat als Oppositionspartei im Bund und Land keine echte Mitwirkungsmöglichkeiten. Wir sehen, dass selten zuvor so viel Geld für soziale Leistungen ausgegeben wurde wie heute. Trotzdem besteht Unzufriedenheit über die Höhe und Wirksamkeit von Unterstützung. Wir wollen Bedürftigen zielgerichtet helfen, sie nicht in staatlicher Abhängigkeit halten, sondern unterstützen, ihren Lebensunterhalt selbst zu bestreiten und ihnen sozialen Aufstieg ermöglichen. Wir wollen Armut und Wohnungslosigkeit aktiv verhindern, statt klagend verwalten.

<https://www.fdp-fraktion.berlin/wp-content/uploads/2018/10/Positionspapier-Wohnungslosigkeit-FDP-Fraktion-im-AGH-Berlin.pdf>

DIE PARTEI

Weil wir auch Beine haben. Obdachlose sollen sich mal ne ordentliche Lobby anschaffen, zum Beispiel im Adlon.

SPD

Wir wollen, dass kein Mensch auf der Straße leben muss. Mit dem Konzept „Housing First“ wollen wir den Leuten helfen. Sie sollen eine Wohnung finden. Die SPD hat außerdem den Mindestlohn und die Grundrente eingeführt, in Berlin haben wir die Bildung gebührenfrei gemacht, damit bleibt mehr Geld im Portemonnaie. Künftig sollen Schulen und Kitas gemeinsam mit den Bezirken auf Familienarmut achten, damit alle Kinder gut aufwachsen können.

Warum helfen Sie den Armen nicht und warum gibt es Menschen die auf der Straße leben müssen?

DIE LINKE

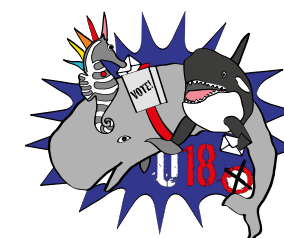
Die Armutszunahme ist das Ergebnis einer skandalösen Umverteilungspolitik auf Bundesebene von unten nach oben. In Berlin haben wir u. a. die Beförderungsentgelte für sozial Bedürftige gesenkt, kostenfreies Schulessen eingeführt, das Vergabegesetz novelliert, die Tariftreue gestärkt, den Vergabe- und Landesmindestlohn auf 12,50 Euro erhöht, anonyme Krankenscheine eingeführt, die Kältehilfe für Wohnungslose ausgeweitet und Verdrängung entgegengewirkt.

DIE TIERSCHUTZPARTEI

Grundsätzlich muss in Deutschland niemand auf der Straße leben, denn es gibt ja die Grundsicherung und HartzIV. Das gilt jedoch nur für Menschen mit der deutschen Staatsbürgerschaft. Wenn man einen ausländischen Pass hat, ist es zur Zeit sehr schwer oder unmöglich, Sozialleistungen zu erhalten. Das muss geändert werden. Deutschland ist ein reiches Land. Niemand sollte auf der Straße leben müssen! Wir brauchen mehr Notunterkünfte!

AfD

Die Alternative für Deutschland hat wenig Einfluss auf das staatliche Handeln. Insofern ist die Frage unfair, warum wir den Armen nicht helfen würden. Tatsache ist: Der deutsche Staat gibt sehr viel Geld für Sozialleistungen aus – aber leider werden die Probleme dadurch oft nicht gelindert. Tatsache ist übrigens auch: Es wird immer Armut geben. So ist das Leben. Jeder einzelne hat es in der Hand: sowohl sich selbst zu helfen, als auch anderen.



ROLLE VON POLITIKER:INNEN

CDU

Die Entscheidung zur Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke kurz vor der Entscheidung zur Abschaltung der Atomkraftwerke war aus heutiger Sicht eine falsche Entscheidung. Aber es war gut, dass dann in Anbetracht der Katastrophe von Fukushima die richtige Entscheidung getroffen worden ist.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Na klar. Politiker*innen sind auch nur Menschen, denen ab und an Fehler passieren. Als Politiker*innen tragen wir eine hohe Verantwortung, da wir die Bürger*innen vertreten und wir gewählt werden, um uns für ihre Interessen stark zu machen. Wichtig ist, die Größe zu haben, Fehler auch einzugestehen und daraus zu lernen. Eine Fehlerkultur, die drauf basiert, dass man transparent und ehrlich mit Fehlern umgeht, ist uns Grünen besonders wichtig.

FDP

Jede politische Entscheidung erfolgt unter dem Eindruck der zum Entscheidungszeitpunkt geltenden Rahmenbedingungen und Erkenntnisse. Die Entscheidung nach bestem Wissen und Gewissen schließt nicht aus, dass getroffene Entscheidungen im Nachhinein als unglücklich erscheinen. Niemand aber kann die Zeit zurückdrehen, so sehr er oder sie es auch wollte. Gleichzeitig erweist sich Politik als klug, die sich selbstkritisch hinterfragt und im Lichte neuerer Erkenntnisse korrigiert, wenn das möglich ist.

AfD

Jeder trifft mal falsche Entscheidungen. Wichtig ist es, daraus die richtigen Konsequenzen zu ziehen. Leider lässt sich nicht alles rückgängig machen. Aber das ist auch ein wichtiger Lernprozess. Franz Josef Strauß hat mal gesagt: „Irren ist menschlich, aber immer irren ist sozialdemokratisch.“

SPD

Auch in der Politik muss man dazulernen und Entscheidungen überdenken. Das machen Politikerinnen und Politiker ständig. Manche Entscheidungen, gerade in der aktuellen Situation, sind nicht einfach und müssen gut abgewogen werden.

DIE LINKE

Selbstverständlich. Es hat aber keinen Sinn, mit Fehlentscheidungen der Vergangenheit zu hadern. Man muss versuchen, aus Fehlentscheidungen zu lernen, um es das nächste Mal besser zu machen.

Haben Sie schon mal eine falsche Entscheidung getroffen und hätten Sie es gerne rückgängig gemacht?

DIE TIERSCHUTZPARTEI

Na klar, jeder trifft in seinem Leben ab und zu falsche Entscheidungen. Manche Dinge kann man ja im Voraus gar nicht wissen. Wichtig ist nur, dass man aus seinen Fehlern lernt und sie nicht immer wieder macht!

DIE PARTEI

NEIN! Niemals! Wir verstehen diese Frage nicht, wer hat das behauptet?

CDU

Wir wollen, dass die Dinge wieder besser laufen in Berlin. Wir wollen mit der Verbeamtung von Lehrern viele gut motivierte junge Lehrer in der Stadt halten oder für Berlin gewinnen. Wir wollen Jugendzentren erhalten und neue Freiräume für Jugendliche schaffen. Das geht nicht mit Egoismus. Die Macher von Potse haben der Jugend in Berlin mit der rechtswidrigen Besetzung von Räumlichkeiten geschadet – es mussten enorme Beträge an Schadenersatz gezahlt werden – die fehlen an anderer Stelle für gute Jugendarbeit. Wir wollen, dass auch in der Verkehrspolitik langfristig gedacht wird: Bahnen gehören unter die Erde: oben wollen wir Platz für Fahrräder, Fußgänger, Freiflächen und den Autoverkehr. Und wir möchten eine Stadt, in der sich junge Leute für Kinder entscheiden und dann auch genügend Kindergartenplätze finden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Wir wollen die Klimakrise radikal bekämpfen: Kohlekraftwerke müssen abgeschaltet werden, Autos raus aus der Stadt, die Dächer voller Solaranlagen glitzern. Wir wollen, dass alle Kinder die gleichen Chancen durch gut finanzierte Schulen haben. Mieten begrenzen wir, damit keine Familie Angst um ihr Zuhause haben muss. Wir kämpfen für eine offene Gesellschaft, in der es egal ist, wie viel Geld ihr habt, woran ihr glaubt und wen ihr liebt.

FDP

Die FDP will durch mehr Offenheit für neue Ideen und Innovationen zu einer Wiederbelebung der Berliner Wirtschaft nach der Pandemie beitragen. Die Krise hat gezeigt, dass erst eine florierende Wirtschaft mit sicheren Arbeitsplätzen und neuen Angeboten die materiellen Voraussetzungen schafft, dass der Staat in Gefahrensituationen handlungsfähig und finanziell hilfsbereit bleiben kann. Wir haben aber auch gesehen, was nicht lief. Verwaltung und Schulen haben den Anschluss an die Digitalisierung noch nicht gefunden. Das hat ihre organisatorische Schlagkraft geschwächt. Wir wollen weltbeste Bildung organisieren, weil sie für die Zukunft trainiert. Wir wollen Lust auf Veränderung machen, weil sie – richtig verstanden – Verbesserung bedeutet. Wissen macht Mut und hilft, aus Gefahren gestärkt hervorzugehen.

AfD

Unsere Ziele sind: mehr Freiheit, mehr Eigenverantwortung, weniger Bevormundung, weniger Steuern.

Was wollen Sie als Politiker:in ändern/besser machen?

SPD

Ich arbeite dafür, dass es jedes Kind packt. Wichtig ist nicht, woher man kommt, sondern wohin man will. Wir wollen, dass die guten Eigenschaften Berlins auch wirklich allen Menschen in Berlin zu Gute kommen. Wir wollen eine Stadt der Zukunftsfähigkeit, eine soziale, sichere und ökologische Stadt, in der die Chancen für jedes Kind gleich sind. Eine Stadt, in der sich die Menschen freundlich begegnen und ihren Müll dorthin tun, wo er hingehört.

DIE LINKE

Ich bin bei der LINKEN, weil es für mich unerträglich ist, dass es in unserem reichen Land so viel Ausbeutung und Armut gibt und weil nur DIE LINKE den notwendigen ökologischen Umbau der Gesellschaft mit der sozialen Frage verbindet und angesichts der ökologischen Sackgasse den Mut hat, die kapitalistische Produktionsweise in Frage zu stellen, die auf Profitmaximierung auf Kosten von Mensch und Umwelt basiert.

DIE TIERSCHUTZPARTEI

Wir möchten und primär für das Wohlergehen aller Tiere einsetzen, wozu ja auch die Menschen (Säugetiere) gehören. Um die Menschen kümmern sich aber auch alle anderen Parteien. Für die Tiere wird bisher zu wenig getan! Wir möchten, dass kein Tier in Massentierhaltungsanlagen ein gequältes Leben haben muss, nur um dem Menschen als billiges Nahrungsmittel zu dienen. Dies ist unethisch, weil jedes Leben wertvoll ist und ein gutes Leben verdient!

DIE PARTEI

Unseren Kontostand.

ROLLE VON POLITIKER:INNEN

CDU

Das ergibt sich direkt aus dem Gesetz: aus § 6 Landesabgeordnetengesetz. Wir denken, dass das gerechtfertigt ist. Wir wollen gut qualifizierte Parlamentarier, die finanziell unabhängig sind und den Hauptteil ihrer Arbeitszeit für die Arbeit für die und mit den Bürgerinnen und Bürgern verwenden. Dafür ist es richtig, sie auch gut zu bezahlen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Viele Politiker*innen arbeiten oft zunächst ehrenamtlich auf kommunaler Ebene, weil sie vor Ort etwas verändern möchten. Als Politiker*innen auf Landesebene arbeiten wir sehr viel und tragen viel Verantwortung. Im Berliner Parlament verdienen wir 6532 Euro brutto. Das ist viel Geld. Entscheidend ist für uns, dass Politiker*innen unabhängig handeln können, Nebenverdienste deutlich eingeschränkt und alle Einkünfte transparent gemacht werden.

FDP

In Deutschland gilt Vertragsfreiheit. Das heißt Löhne und Gehälter werden nach Maßgabe der Gesetze zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ausgehandelt. Für die Höhe sind in der Regel die persönliche Qualifikation (Schul-, Ausbildungs- oder Universitätsabschluss), das Maß der übernommenen Verantwortung und (in Wirtschaftsunternehmen) der Anteil am wirtschaftlichen Erfolg ausschlaggebend. Die Abgeordnetendiät entspricht in ihrer Höhe etwa dem Einkommen eines Schulleiters. Sie ist damit sicher nicht unangemessen, auch wenn die Leistung einer/s Abgeordneten immer individuell zu beurteilen wäre.

AfD

Wir haben als einzige Fraktion im Abgeordnetenhaus gegen die Diätenerhöhung von 2019 gestimmt, mit der die Bezüge massiv angehoben worden sind. Ein Abgeordneter verdient mehr als 6.000 Euro pro Monat. So hohe Bezüge sind nicht gerechtfertigt.

Wie viel verdienen Sie und denken Sie, dass das gerechtfertigt ist?



SPD

Der Landesvorsitz ist ein reines Ehrenamt. Als Bundesministerin richtet sich das Gehalt nach einer allgemeinen Tabelle zur Beamtenbesoldung. Auch bei Bundestagsabgeordneten und Mitgliedern des Abgeordnetenhauses gibt es transparente Vorgaben. Wichtig ist, dass Politiker:innen finanziell unabhängig sind.

DIE LINKE

Ich verdiene als Mitarbeiter der Partei DIE LINKE Berlin 4.369 Euro Brutto und in meiner Funktion als BVV-Fraktionsvorsitzender erhalte ich zusätzlich eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 1.950 Euro. Ich führe 467 Euro monatlich an die Partei ab. Meine Wochenarbeitszeit beträgt durchschnittlich ca. 50 Stunden. Im Vergleich zu Pflegekräften oder Kita-Erzieher:Innen ist das viel, diese sind aber auch akut unterbezahlt.

DIE TIERSCHUTZPARTEI

Die Löhne in Deutschland sind oft zu niedrig. Es darf nicht sein, dass ein*e Friseur*in, ein*e Backwarenverkäufer*in oder ein*e Krankenpfleger*in den ganzen Tag über fleißig arbeitet, aber nicht von dem Lohn gut leben kann!

DIE PARTEI

Wir verdienen natürlich mehr, bekommen aber zu wenig! Unsere Berater:innen kriegen mehr als wir und das ist voll unfair. Von Ehre allein können wir uns den Kaviar nicht leisten.

CDU

Das BGB überträgt jungen Menschen erst mit 18 Jahren die volle Verantwortung für ihr Handeln. Das bedeutet, dass man ab 18 alle Rechte und Pflichten eines Erwachsenen hat und für sein Handeln selbst verantwortlich ist. Ab diesem Zeitpunkt entfallen alle rechtlichen Beschränkungen, die für Minderjährige gegolten haben. Mit der Vollendung des 18. Lebensjahres ist man dann voll geschäftsfähig. Für alle angerichteten Schäden ist man nun selbst verantwortlich und kann dafür zivilrechtlich belangt werden. Mit der Volljährigkeit erlangen die jungen Menschen das aktive und passive Wahlrecht. Von da an kann man selbst wählen oder auch selbst gewählt werden. An einer Abgeordnetenhauswahl teilzunehmen, bedeutet auch, Verantwortung für die Wahlentscheidung zu übernehmen.

Manchmal werden Anträge auf Absenkung des Wahlalters in den Parlamenten damit begründet, das Interesse der Jugend an der Politik zu wecken. Davon abgesehen, dass ein zentraler Aspekt der freiheitlichen Demokratie nicht als pädagogisches Hilfsmittel zum schulischen Politikunterricht degradiert werden sollte, sprechen Wissenschaft und empirische Erfahrungen eine andere Sprache. Laut einer Studie der Universität Hohenheim besitzen Jugendliche unter 18 Jahren ein signifikant geringeres politisches Interesse als junge Menschen über dieser Altersgrenze. Gleiches gilt für das Verständnis von politischer Kommunikation. Die Erfahrungen auf Landesebene mit dem Wahlrecht ab 16 sprechen ebenfalls für sich: In Sachsen-Anhalt, das 1999 das Wahlalter absenkte, lässt sich keine Zunahme der Stimmabgabe von Jugendlichen unter 18 Jahren feststellen. Die Partizipation der unter 18-Jährigen lag zudem durchweg unter der durchschnittlichen Wahlbeteiligung. In Hessen wurde das Wahlalter nach einer Experimentierphase sogar wieder auf 18 Jahre erhöht.

FDP

Die FDP hat sich für die Einführung des Allgemeinen Wahlrechts ab 16. Jahren ausgesprochen, um die politische Verantwortung und Partizipationsbereitschaft Heranwachsender und junger Erwachsener zu fördern. In der Vergangenheit würde das Mindestalter für das Wahlrecht in stärkerem Zusammenhang mit der Volljährigkeit gesehen. Die Gesetzgebung kennt unterschiedliche Altersgrenzen. Die Strafmündigkeit beginnt mit 14 Jahren. Jugendstrafrecht kann bis zum 21. Lebensjahr zur Anwendung kommen.

AfD

Weil nicht alle jungen Menschen in diesem Alter (unter 18) bereits in der Lage sind, eine fundierte Entscheidung zu treffen.

DIE PARTEI

Wer keine Playstorekarten kaufen darf, sollte auch nicht wählen dürfen. Sonst verlieren die Erwachsenen die Illusion von Kontrolle.

SPD

Die SPD setzt sich schon seit Jahren für ein aktives Wahlrecht ab 16 Jahren ein. Junge Menschen sind Expert:innen ihrer Lebensrealität und wir wollen sie stärker in die Gestaltung Berlins einbeziehen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Für uns ist klar: Kinder und Jugendliche haben ihre eigene Meinung und dürfen von Wahlen nicht weiter ausgeschlossen werden. Aus diesem Grund fordern wir in einem ersten Schritt ein berlinweites Wahlrecht für alle Jugendlichen ab 14 Jahren. Wir wollen außerdem Formate der Kinder- und Jugendbeteiligung bei Fragen der Stadtentwicklung und Klimaschutzmaßnahmen erproben.

Warum gibt es kein Allgemeines Wahlrecht ab dem 16. Lebensjahr?

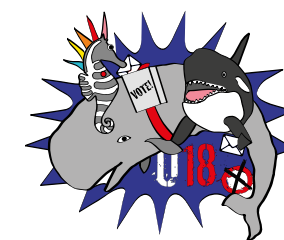


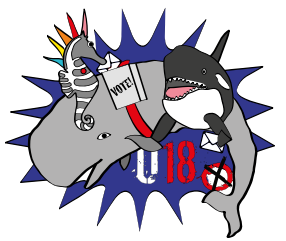
DIE LINKE

DIE LINKE befürwortet das allgemeine Wahlrecht ab dem 16. Lebensjahr. Demokratie lebt vom politischen Bürger, der sich für seine Rechte und Interessen einsetzt. Die Politisierung und Auseinandersetzung mit Politik soll früh beginnen. Mit 16 Jahren sind viele Menschen bereits politisch urteilsfähig und bisweilen mehr als so manche Erwachsene. Leider gibt es keine Mehrheit für das Wahlrecht ab 16 Jahren, weil CDU und SPD dagegen sind.

DIE TIERSCHUTZPARTEI

Das möchten wir auch unbedingt ändern. Es ist ungerecht, denn fast die Hälfte der Wähler*innen ist über 60 Jahre alt. Sie bestimmen, auch über das Leben der Kinder und Jugendlichen. Auch junge Menschen sollten mitbestimmen können, denn sie haben noch eine lange Zukunft, die so aussichtsreich und schön wie möglich sein sollte!





CDU

Das Wohl aller Menschen, auch das von Kindern und Jugendlichen, steht bei der Pandemiebekämpfung im Mittelpunkt. Aber: Kinder brauchen Kinder und Jugendliche brauchen Jugendliche für ihre Entwicklung. Das hätte stärker berücksichtigt werden müssen. Kinder und Jugendliche sollten für ihr Mittragen der extrem harten Maßnahmen entschädigt werden. Hier sollten wir – je nach Dauer und Härte der Maßnahmen –, die zum Zeitpunkt der Abgabe unserer Antworten ja noch andauern, entscheiden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Wir haben seit Beginn der Pandemie gefordert, dass Kinder und Jugendliche in den Fokus rücken. Schulen und Kitas hätten z. B. mit Luftfiltern sicherer gemacht werden müssen. Für Zeiten, in denen wirklich geschlossen sein muss, braucht es gute digitale Ausstattung für Fernunterricht. Doch die Bundesregierung hat hier keine Priorität gesetzt. Wir werden weiter dafür kämpfen und Jugendliche in der Krise nicht allein lassen.

FDP

Die FDP tritt dafür ein, den Notbetrieb der Kitas unter Beibehaltung von pandemiegerechten Hygienekonzepten für alle Kinder zu öffnen, deren Eltern dafür Bedarf sehen und zwar unabhängig von der Frage, ob der Senat die Eltern/Erziehungsberechtigten für systemrelevant hält. Wir haben außerdem beantragt, den Schulunterricht über die Klassen 1 bis 6 auch für die Klassen 7 bis 9 mindestens im Wechselbetrieb aufrechtzuerhalten. Bildung ist ein Bürgerrecht. Es darf nicht vom sozialen Status abhängig gemacht werden. Nicht alle Familien haben die räumlichen, technischen und zeitlichen Ressourcen Homeschooling kindgerecht zu gestalten. Kinder brauchen ihr soziales Umfeld in Kita und Schule.

AfD

Die Schulen haben zu viel Zeit vergeudet. Sie hätten früher auf Online-Unterricht und Wechsel-Unterricht umstellen sollen. Es ist jetzt wichtig, dass Pannen wie die mit Lernraum Berlin zum Jahresbeginn nicht mehr vorkommen. Wir befürworten Präsenzunterricht und Lockerungen, die Kindern die Möglichkeit geben, Gleichaltrige öfter als bisher zu treffen – draußen, beim Sport oder auch beim Besuch bei Freunden.

SPD

Gesundheitsschutz ist auch Kinderschutz. Die Faustregel ist: Kitas und Schulen haben Priorität und werden zuerst geöffnet, wenn es möglich ist und zuletzt geschlossen. Kinder und Jugendliche brauchen ihre Freunde und ihr gewohntes Umfeld, Schule ist nicht nur ein Ort zum Lernen, sondern auch für Begegnungen. Dafür trete ich in meiner politischen Arbeit tagtäglich ein!

DIE LINKE

DIE LINKE streitet seit Jahren für eine Kindergrundsicherung und zusätzlich aktuell für einen Krisenzuschlag für Hartz-IV-Bezieher:innen u. ein Corona-Elterngeld. Wir setzen uns dafür ein, dass aufgrund der monatelangen Ausnahmesituation in den Schulen Abstriche an die Fachlichkeit bei Abschlussprüfungen gemacht werden. Wir wollen die bestehenden Angebote für psychologische Betreuung von Schüler:innen ausbauen und mehr Krisenpräventionsplätze.

Wie weit werden Sie sich für das Wohl von Kindern einsetzen, besonders während der Covid-19-Pandemie im Lockdown?



DIE TIERSCHUTZPARTEI

Kinder sind die Zukunft! Deshalb sollte man so viele Ressourcen wie nur möglich in die Entwicklung des Nachwuchses stecken! Es ist so unverzeihlich, dass durch die Pandemie Musik- und Sportkurse oder andere Hobbys wegfallen! Für viele Jugendliche tut es uns unendlich leid, dass sie kein Auslandsjahr, Praktikum oder Ähnliches machen dürfen. Sogar weniger Ausbildungsplätze gibt es, das ist schrecklich! Ein Ausgleich muss her!

DIE PARTEI

Wir fordern Gratis-Welpen für alle und wöchentliche Lieferung von 4BRO.

CDU

Da wagen wir keine Prognose. Niemand weiß, welche weiteren Virusvarianten noch auftauchen werden und eventuell dazu führen, dass unsere Impfstoffe immer wieder neu angepasst werden müssen. Wir fürchten, wir werden mit Corona genauso leben müssen wie mit der Grippe. Das bedeutet aber auch ein Ende der Grundrechtseinschränkungen, denn wegen der Grippe schränken wir die Grundrechte auch nicht ein.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Einen genauen Zeitpunkt kann niemand nennen. Aber mit immer mehr Impfungen rückt eine schrittweise Normalisierung im Laufe des Jahres in greifbare Nähe. Diese Krise verlangt uns allen sehr viel ab. Aber nur, wenn wir solidarisch bleiben und aufeinander achten, werden wir diese Pandemie überstehen. Wichtig ist, dass wir aus der Krise lernen und dass nun verwendete Geld nutzen, um Berlin selbst und dessen Wirtschaft klimaneutral umzubauen.

FDP

Wenn wir dem Rat der Wissenschaft folgen, gilt: Wenn die besonders verletzlichen Altersgruppen und Menschen mit Vorerkrankungen geimpft und damit vor den Folgen einer Corona-Infektion geschützt sind, werden wir das Leben wieder mehr genießen können als zuletzt. Das kann bald der Fall sein, wenn der Engpass an Impfstoff überwunden ist und das Impftempo erhöht wird. Begleitende Tests können helfen, unerkannte Infektionen zu identifizieren und den Schutz vor einer weiteren Verbreitung des Virus zu verstärken. Bei entsprechender Anstrengung und mehr Engagement aller Verantwortlichen kann schon der Sommer eine vollumfängliche Rückkehr zum verantwortungsbewussten „Normalbetrieb“ von Gesellschaft, Kultur und Wirtschaft bringen.

AfD

Sobald wie möglich. Am besten noch in diesem Jahr.

SPD

Die Corona-Pandemie ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Viele Auswirkungen werden uns leider noch lange begleiten. Deshalb müssen wir kluge Entscheidungen treffen, damit wir und unsere Lieben gesund bleiben. Aber es gibt auch Hoffnung: Sobald mehr Menschen geimpft sind, werden wir auch mehr Normalität zurückbekommen.

Wann werden wir wieder ein normales Leben haben?



DIE LINKE

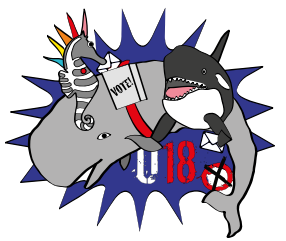
Sobald endlich ausreichend Impfstoff zur Verfügung steht und der impfwillige Teil der Bevölkerung, der hoffentlich zwei Drittel der Bevölkerung umfasst, geimpft worden sein wird, ist der Spuk vorbei, weil dann nicht mehr die Gefahr besteht, dass das Gesundheitssystem überlastet wird. Wann das genau sein wird, ist unklar, aber es besteht Anlass zu der Hoffnung, dass dies im Verlauf des Herbstes endlich der Fall sein wird.

DIE TIERSCHUTZPARTEI

Das kann wohl niemand so bestimmt sagen. Es ist wünschenswert, dass wir nicht komplett zu dem vorherigen Zustand zurückkehren. Der geringe Flug- und PKW-Verkehr hat der Umwelt sehr gut getan! Das sollte beachtet und beibehalten werden! Das normale Leben wird etwas anders werden, aber bestimmt nicht weniger schön!

DIE PARTEI

Am 27.09. werden wir Corona beenden. Ehrenwort.



CDU

Weil Warnungen von Wissenschaftlern und der Bundeskanzlerin von der CDU leider von den Ministerpräsidenten unter Vorsitz des Regierenden Berliner SPD-Bürgermeisters Müller zu spät ernst genommen wurden. Es hätte früher und entschlossener gehandelt werden müssen.

SPD

Es ist oberste Priorität, die Schulen und Kitas so lange wie möglich offen zu halten, weil Kinder und Jugendliche am stärksten von den sozialen Auswirkungen betroffen sind. So lange es kein wirksames Medikament und keine flächendeckende Impfung gibt, ist die einzige Möglichkeit leider die Reduzierung der Kontakte. Regelmäßige Tests sind die Brücke zum Impfen, um Infektionsketten gar nicht erst entstehen zu lassen.

CDU

Das fordern wir seit vielen Monaten. Schulen müssen pandemiesicher werden mit Masken, Schnelltests für Schülerinnen und Schüler sowie für Lehrkräfte und Luftfilter für alle Klassen. SPD-Bildungsministerin Scheeres wirkt leider auch bei dieser Aufgabe überfordert.

SPD

Das Land Berlin hat insgesamt 13,5 Millionen Masken für Schulen beschafft, die natürlich auch für Schüler:innen gedacht sind, so auch das bereits beschaffte Desinfektionsmittel. Mit dem „Unterstützungspaket für Schulen und Kitas in der Pandemie“ wurden nochmals zusätzliche Gelder für Selbsttests, Luftreinigungsgeräte und Fieberthermometer bereitgestellt.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die medizinischen Masken werden häufig privat besorgt. Wir Grüne hätten uns ein schnelleres Handeln gewünscht. Aber es hat sich viel getan: Der Berliner Senat hat hunderttausende medizinische Masken beschafft. Im Februar wurden knapp 700.000 medizinische Masken sowie FFP2-Masken an Schulen verteilt. Diese kommen zum Einsatz, wenn Schüler*innen keine medizinischen Masken dabei haben. Auch Desinfektionsmittel soll in den Schulen bereit stehen.

DIE LINKE

Zeitweise waren medizinische Hilfsgüter knapp und jetzt werden Masken aus Kostengründen nicht kostenfrei an alle ausgegeben, obwohl man argumentieren kann, dass dies im Zuge einer Maskenpflicht so sein sollte. Menschen aus einem Hartz-IV-Haushalt erhalten kostenfrei zehn FFP2-Masken und Menschen, die aufgrund von Vorerkrankungen zur Risikogruppe zählen, erhalten zwölf Masken für 4 Euro.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die Bundesregierung fährt seit Monaten auf Sicht, ein abgestimmtes bundesweites Vorgehen ist nicht geglückt. Der 2. Lockdown hätte früher kommen und länger stattfinden müssen. Dafür braucht es jedoch Akzeptanz in der Bevölkerung. Diese wird es nur geben, wenn klar ist, dass durch eine erfolgreiche Impf- und Teststrategie alles getan wird, um aus dem Lockdown-Modus heraus zu kommen. Dass die Bundesregierung hier versagt, ist katastrophal.

Wieso kam der 2. Lockdown erst so spät?



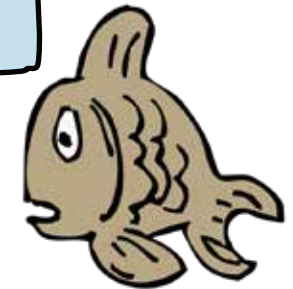
DIE TIERSCHUTZPARTEI

Das hatte vielleicht damit zu tun, dass man die Mutationen der Viren nicht genau einschätzen konnte.

FDP

Die Pandemie macht bewusst, wie schwer es ist, zukünftige Entwicklungen abzusehen. Gleichzeitig wird deutlich, wie Meinungsbildung und Entscheidungsfindung in der Demokratie funktionieren. Sie hat ihren Vorzug im Ausgleich der Interessen im Wettbewerb der Ideen auf der Suche nach den besten Lösungen. Das führt in der Regel zu besseren Ergebnissen, auch wenn sie mitunter länger, manchmal auch zu lange dauern. Im zweiten Lockdown (Dez. 2020 bis Februar 2021) starben 50.000 Menschen, nicht weil er zu spät kam, sondern weil unabhängig davon der Schutz der besonders gefährdeten Menschen u. a. in den deutschen Alten- und Pflegeheimen nicht oder zu spät ernst genommen wurde. Unser Nachbarland Tschechien hatte einen sehr viel längeren und härteren Lockdown und trotzdem höhere Sterberaten im Zusammenhang mit Corona als Deutschland. Wir können aus der Pandemie lernen und die Verantwortung zwischen Europa, Bund, Ländern und Gemeinden neu und klarer als bisher ordnen.

Warum werden Schüler:innen nicht mit Masken und Desinfektionsmittel ausgestattet?



FDP

Die Berliner Bildungsverwaltung hat im März 700.000 medizinische Masken und FFP2-Masken an die Schulen verteilt. Bedürftige Berlinerinnen und Berliner erhalten in allen Berliner Bezirken unentgeltlich medizinische Masken. Der Senat hat Desinfektionsmittel für den Schulbetrieb angeschafft. Die hygienischen Verhältnisse an den Schulen waren schon vor der Pandemie nicht überall optimal. Die Defizite sind in der Pandemie deutlich geworden. Die FDP hat früh und intensiv für Luftfilter in Klassenräumen geworben, um die Luftqualität durch Senkung der potentiellen Virenlast in Aerosolen zu verbessern.

DIE LINKE

Weil der Mainstream von Politik und Öffentlichkeit Pandemiemüde war und sich der trügerischen Illusion hingeeben hat, es würde schon nicht so schlimm kommen und zu diesem Zeitpunkt in der Abwägung wirtschaftlichem Wachstum und anderen gesellschaftlichen Belangen der Vorrang gegeben wurde vor Gesundheitsschutz. Das war eine klare Fehleinschätzung und -entscheidung!

DIE TIERSCHUTZPARTEI

Die Familien sind in der Corona-Zeit sehr gefordert gewesen, auch finanziell. Trotzdem stellt man den Schüler*innen keine kostenlosen Masken zur Verfügung. Das sollte man ändern! Desinfektionsmittel ist in gut organisierten Schulen verfügbar.

DIE PARTEI

Wegen Verzögerungen im Betriebsablauf.

AfD

Hätte der noch früher kommen sollen?

AfD

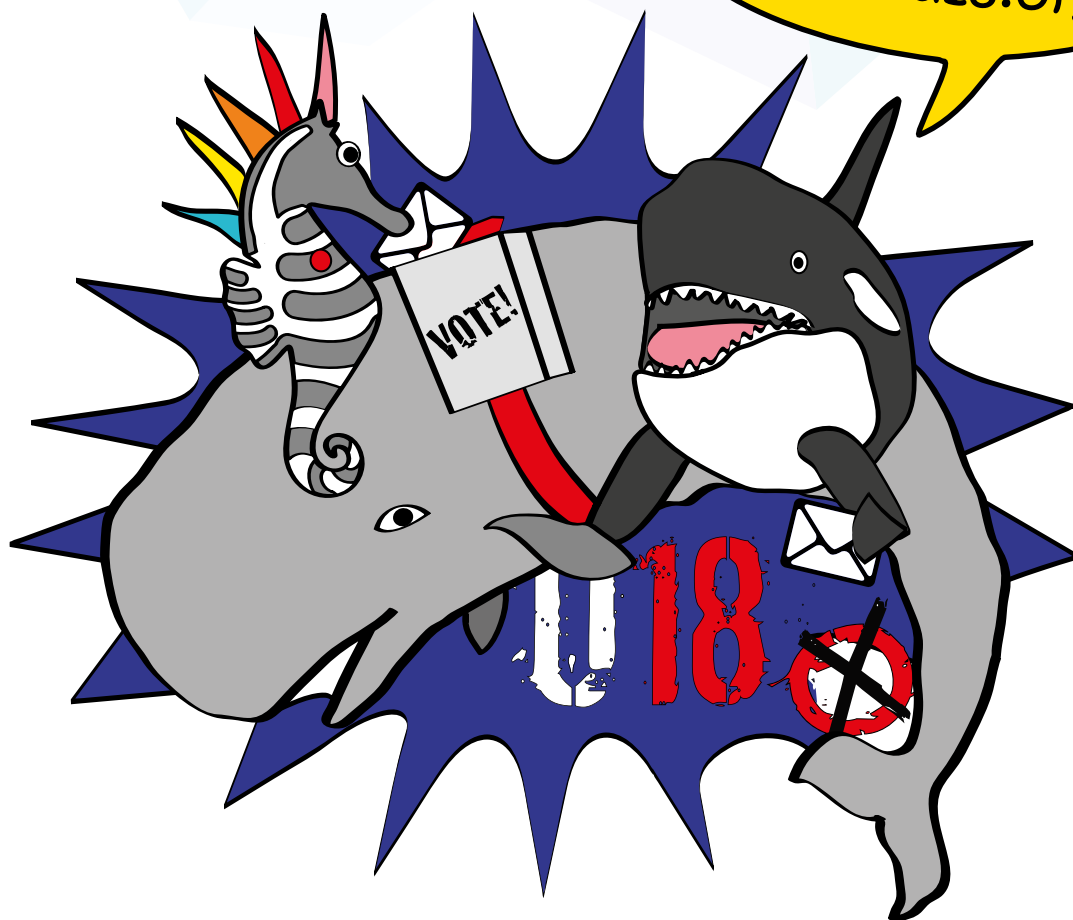
Der Staat kann nicht alles für alle regeln und allen Bürgern jegliche Verantwortung entziehen. Er schenkt ja auch niemandem eine Zahnbürste und jede Woche eine Tube Zahnpasta. Die Verärgerung über manche Aspekte der Corona-Verordnungen mag berechtigt sein, aber es wäre nicht hilfreich, wenn der Staat jetzt auch noch die angeordnete Maskenpflicht mit einer Geschenk-Offensive von Masken ergänzt (auf Steuerzahlerkosten).

DIE PARTEI

Weil ihr zu jung seid für Pornos und Alkohol.



Jetzt U18-Lokal
anmelden
auf: u18.org



©123comics

**DU HAST DIE
WAHLEN!**

AM 17. SEPTEMBER 2021

Weitere Infos zum Projekt unter: www.u18.berlin
oder ihr schaut bei Instagram @u18berlin

Stiftung SPI
Lebenslagen, Vielfalt &
Stadtentwicklung

